

## **Vorsorgereglement**

**Teil 2**  
**Allgemeine Reglementsbestimmungen (ARB)**  
**Anhänge 1 - 5**

**Ausgabe 01.2026**

Anhang 1  
Verteilung von freien Mitteln, Sondermassnahmen und allfälligen Arbeitgeberbeitragsreserven

Anhang 2  
Teilliquidations-Reglement

Anhang 3  
Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Vorsorgeausgleich bei Scheidung

Anhang 4  
Weiterversicherung bei aufgelöstem Arbeitsverhältnis nach dem 58. Altersjahr

Anhang 5  
Bestimmungen für branchenspezifische Vorruhestandsmodelle

## Anhang 1 Freiwillige Verteilung von freien Mitteln, Sondermassnahmen und allfälligen Arbeitgeberbeitragsreserven

### 1. Grundsätze

- <sup>1</sup> Die Verteilung erfolgt aufgrund eines vom zuständigen Organ während der Vertragslaufzeit gefassten Beschlusses.
- <sup>2</sup> Im Rahmen des entsprechenden Verteilplanes werden alle im Vorsorgewerk vorhandenen, kollektiven Mittel vollständig in die Verteilung miteinbezogen und die Kriterien sowie der Begünstigtenkreis gemäss Ziffer 2 im Verteilplan berücksichtigt.
- <sup>3</sup> Die versicherten Personen und Rentner werden über die massgebenden Einzelheiten der Verteilung informiert.

### 2. Verteilplan

#### 2.1. Von freien Mitteln

- <sup>1</sup> Grundsätzlich finden folgende, gleich gewichtete Kriterien im Verteilplan Anwendung:
  - a) Alter per Stichtag,
  - b) letzter, gemeldeter Jahreslohn,
  - c) Altersguthaben bei Aktiven bzw. massgebendes Kapital bei Rentnern per Stichtag,
  - d) Anzahl volle Versicherungsjahre per Stichtag.
 Dabei wirkt sich ein hohes Alter, ein hoher Jahreslohn, ein grosses Altersguthaben bzw. massgebendes Kapital und eine hohe Anzahl Versicherungsjahre erhöhend auf den zuzuteilenden Anteil aus.

- <sup>2</sup> Nachstehende Personen werden in die Verteilung miteinbezogen:
  - a) alle Aktivversicherten per Stichtag,
  - b) alle Alters- und Invalidenrentner per Stichtag,
  - c) alle Ausgetretenen bis drei Jahre vor Stichtag.

#### 2.2. Von Sondermassnahmen

- Grundsätzlich finden folgende, gleich gewichtete Kriterien im Verteilplan Anwendung:
  - a) Alter per Stichtag,
  - b) letzter, gemeldeter Jahreslohn,
  - c) Anzahl volle Versicherungsjahre per Stichtag.
 Dabei wirkt sich ein hohes Alter, ein tiefer Jahreslohn sowie eine hohe Anzahl Versicherungsjahre erhöhend auf den zuzuteilenden Anteil aus.

- Nachstehende Personen werden in die Verteilung miteinbezogen:
  - a) alle Aktivversicherten per Stichtag,
  - b) alle Alters- und Invalidenrentner per Stichtag,
  - c) alle Ausgetretenen bis drei Jahre vor Stichtag

#### 2.3. Von freien Mitteln und Sondermassnahmen

Sind freie Mittel zusammen mit Sondermassnahmen zu verteilen, werden vorgängig die Sondermassnahmen den freien Mitteln zugewiesen und gesamthaft gemäss Ziffer 2.1 aufgeteilt.

#### 2.4. Von freien Mitteln und Arbeitgeberbeitragsreserven

Sind Arbeitgeberbeitragsreserven gemäss dem Willen des Arbeitgebers zu verteilen, werden diese nach Begleichung der Prämienausstände vorgängig den freien Mitteln zugewiesen und gesamthaft gemäss Ziffer 2.1 aufgeteilt.

### 3. Vollzug

#### 3.1. Zeitpunkt der Verteilung

Der Verteilplan wird nach rechtsgültiger Unterzeichnung durch das zuständige Organ vollzogen, wenn die Verteilung von den Grundsätzen der Regelung gemäss diesem Anhang abweicht. Andernfalls erfolgt der Vollzug nach der Erstellung des Verteilplanes ohne dass eine Unterschrift erforderlich ist.

#### 3.2. Art der Zuteilung

<sup>1</sup> Der Anteil an der Verteilung wird dem Altersguthaben bzw. massgebenden Kapital der begünstigten Personen gutgeschrieben.

<sup>2</sup> Ist bei Rentnern ein Einbau im massgebenden Kapital nicht möglich, kann der zuteilende Anteil direkt der begünstigten Person überwiesen werden.

<sup>3</sup> Ist ein Einbau ins Altersguthaben nicht möglich, weil die begünstigte Person einen Barauszahlungsgrund geltend machen konnte, wird auch der Anteil aus der Verteilung direkt der begünstigten Person überwiesen.

<sup>4</sup> Ist eine Zuteilung mangels Überweisungsangaben durch die begünstigte Person nicht möglich, wird ihr Anteil sechs Monate nach der ersten Information über die geplante Verteilung ohne weiteres an die Stiftung Aufgangeinrichtung übertragen.

### 4. Mindestgrössen

Die Stiftung legt Mindestgrössen für das Total der zu verteilenden Mittel oder für den pro begünstigte Person zuzuteilenden Anteil fest.

Werden diese Mindestgrössen nicht erreicht, wird der Begünstigtenkreis angepasst, um die anfallenden Kosten in einem angemessenen Verhältnis zu den zu verteilenden Mitteln zu halten.

Die Stiftung überprüft periodisch die Angemessenheit dieser Massnahmen.

Die Mindestgrösse des pro begünstigte Person zuzuteilenden Anteils darf pro begünstigte Person CHF 200.-- nicht unterschreiten und CHF 500.-- nicht überschreiten.

### 5. Kosten

<sup>1</sup> Die Erstellung eines freiwillig beantragten oder gesetzlich vorgeschriebenen Verteilplanes zeitigt die Kostenfolgen gemäss aktuell gültigem Kostenreglement.

<sup>2</sup> Ausserordentliche Aufwendungen bei der Erledigung von Einsprachen und Beschwerden, insbesondere im Zusammenhang mit dazu einzuholenden Expertisen, können dem betroffenen Vorsorgewerk zusätzlich in Rechnung gestellt werden.

### 6. Nicht geregelte Fälle

Die in diesem Anhang nicht ausdrücklich geregelten Fälle von Verteilungen werden von der Stiftung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften durch sinngemässe Anwendung erledigt.

## Anhang 2 Teilliquidations-Reglement

### 1. Teil- oder Gesamtliquidation

#### 1.1. Grundsätze

- <sup>1</sup> Bei einer Teil- oder Gesamtliquidation des Vorsorgewerkes besteht neben dem Anspruch auf Austrittsleistung ein individueller Anspruch auf die kollektiven Mittel des Vorsorgewerkes.
- <sup>2</sup> Als kollektive Mittel des Vorsorgewerkes gelten freie Mittel und allfällige Sondermassnahmen. Im Falle der Gesamtliquidation des Vorsorgewerkes zusätzlich auch die Arbeitgeberbeitragsreserven, soweit diese nicht zur Begleichung ausstehender Beiträge oder Kosten benötigt werden.

#### 1.2. Voraussetzungen einer Teilliquidation des Vorsorgewerkes

Die Voraussetzungen einer Teilliquidation sind vermuthungsweise erfüllt, wenn

- a) innerhalb eines Jahres eine erhebliche Verminderung der Belegschaft und als Folge davon der Anzahl der bei der Stiftung versicherten Personen erfolgt;
- b) eine Restrukturierung der Arbeitgeberfirma eine erhebliche Anzahl von Einzelaustritten zur Folge hat;
- c) im Rahmen einer Restrukturierung der Arbeitgeberfirma ein gemeinsamer Übertritt einer

erheblichen Anzahl versicherter Personen in eine neue Vorsorgeeinrichtung erfolgt (kollektiver Übertritt);

- d) bei Auflösung des Anschlussvertrages nicht alle Versicherungen aufgelöst werden und eine erhebliche Anzahl von Personen (Rentner) bei der Stiftung versichert bleiben.

- <sup>2</sup> Erheblichkeit im Sinne von Absatz 1 liegt vor, wenn bei 2 bis 29 Personen mindestens 30 Prozent, bei 30 bis 69 Personen mindestens 25 Prozent, bei 70 bis 99 Personen mindestens 15 Prozent und bei 100 und mehr Personen mindestens 10 Prozent von der Verminderung (Buchstabe a) oder vom Übertritt (Buchstabe b) betroffen sind oder im Falle von Buchstabe c bei der Stiftung versichert bleiben.

#### 1.3. Voraussetzungen einer Gesamtliquidation des Vorsorgewerkes

Die Voraussetzungen einer Gesamtliquidation sind erfüllt, wenn

- a) die Arbeitgeberfirma vollumfänglich liquidiert wird;
- b) die Arbeitgeberfirma in Konkurs geht und in der Folge nicht mehr weiter existiert.

#### 1.4. Meldepflicht bei einer Teil- oder Gesamtliquidation

Alle Voraussetzungen einer Teil- oder Gesamtliquidation sind der Stiftung unverzüglich zu melden.

### 2. Verteilung

#### 2.1. Grundsätze

- <sup>1</sup> Bei einer gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Verteilung bestehen bei einem individuellen wie bei einem kollektiven Austritt immer nur individuelle Ansprüche auf die zu verteilenden Mittel.
- <sup>2</sup> Bei der Erstellung des Verteilplanes aufgrund einer gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Verteilung werden alle im Vorsorgewerk vorhandenen, kollektiven Mittel vollständig in die Verteilung miteinbezogen und die Kriterien und der Begünstigtenkreis gemäss Ziffern 3 bzw. 4 im Verteilplan berücksichtigt.
- <sup>3</sup> Als Stichtag für die Verteilung gilt bei Vorliegen der Voraussetzungen
  - gemäss Ziffer 1.2 Absatz 1 Buchstabe a der 31. Dezember, nach Ablauf des Jahres, innert welchem eine erhebliche Verminderung der Belegschaft und - als Folge davon - der Anzahl der versicherten Personen erfolgt;
  - gemäss Ziffer 1.2 Absatz 1 Buchstabe b der 31. Dezember, welcher der Beschlussfassung des Arbeitgebers folgt;
  - gemäss Ziffer 1.2 Absatz 1 Buchstabe c und d der letzte Tag des Monats, in dem der kollektive Übertritt erfolgt;
  - gemäss Ziffer 1.2 Absatz 1 Buchstabe d der letzte Tag des Monats, in dem die Auflösung des AV erfolgt.
- <sup>4</sup> Die versicherten Personen und Rentner werden über die massgebenden Einzelheiten der Verteilung informiert. Sie haben das Recht, dagegen innert 30 Tagen bei der zuständigen Vorsorgekommission (in den Fällen von Ziffer 1.2 Absatz 1 Buchstabe a – c bzw. der Allianz Suisse Leben (im Falle von Ziffer 1.2 Absatz 1 Buchstabe d schriftlich begründete Einwendungen

einzureichen. Im übrigen haben die betroffenen versicherten Personen die Möglichkeit, innert 30 Tagen mittels Beschwerde die Voraussetzungen, das Verfahren und den Verteilungsplan durch die zuständige Aufsichtsbehörde überprüfen zu lassen, soweit Ihren Einwendungen nicht entsprochen wurde.

- <sup>5</sup> Verändern sich die massgebenden Aktiven oder Passiven zwischen dem Stichtag der Teil- oder Gesamtliquidation und dem Vollzug des Verteilplans um mindestens 5%, werden die zu verteilenden kollektiven Mittel entsprechend angepasst.

#### 2.2. Verteilplan bei Teilliquidation des Vorsorgewerkes

##### 2.2.1. Von freien Mitteln

- <sup>1</sup> Grundsätzlich finden folgende, gleich gewichtete Kriterien im Verteilplan Anwendung:
  - a) Alter per Stichtag,
  - b) letzter, gemeldeter Jahreslohn,
  - c) Altersguthaben bei Aktiven bzw. massgebendes Kapital bei Rentnern per Stichtag,
  - d) Anzahl volle Versicherungsjahre per Stichtag. Dabei wirkt sich ein hohes Alter, ein hoher Jahreslohn, ein grosses Altersguthaben bzw. massgebendes Kapital und eine hohe Anzahl Versicherungsjahre erhöhend auf den zuzuteilenden Anteil aus.
- <sup>2</sup> Nachstehende Personen werden in die Verteilung miteinbezogen:
  - a) alle Aktivversicherten per Stichtag,
  - b) alle Alters- und Invalidenrentner per Stichtag,
  - c) alle Ausgetretenen bis drei Jahre vor Stichtag.

### 2.2.2. Von Sondermassnahmen

- <sup>1</sup> Grundsätzlich finden folgende, gleich gewichtete Kriterien im Verteilplan Anwendung:
- Alter per Stichtag,
  - letzter, gemeldeter Jahreslohn,
  - Anzahl volle Versicherungsjahre per Stichtag.
- Dabei wirkt sich ein hohes Alter, ein tiefer Jahreslohn sowie eine hohe Anzahl Versicherungsjahre erhöhend auf den zuzuteilenden Anteil aus.
- <sup>2</sup> Nachstehende Personen werden in die Verteilung miteinbezogen:
- alle Aktivversicherten per Stichtag,
  - alle Alters- und Invalidenrentner per Stichtag,
  - alle Ausgetretenen bis drei Jahre vor Stichtag

### 2.2.3. Von freien Mitteln und Sondermassnahmen

Sind freie Mittel zusammen mit Sondermassnahmen zu verteilen, werden vorgängig die Sondermassnahmen den freien Mitteln zugewiesen und der Gesamtbetrag wird in einem Verteilplan gemäss Ziffer 2.2.1 aufgeteilt.

## 2.4. Verteilplan bei Gesamtliquidation des Vorsorgewerkes

- <sup>1</sup> Bei einer gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Verteilung infolge einer Gesamtliquidation des Vorsorgewerkes werden die Grundsätze zur Erstellung eines Verteilplanes gemäss Ziffer 2.2. angewandt.
- <sup>2</sup> Sind bei einer Gesamtliquidation des Vorsorgewerkes zusätzlich Arbeitgeberbeitragsreserven vorhanden, werden diese, nach Begleichung der Prämienausstände, vorgängig den freien Mitteln zugewiesen und die Grundsätze zur Erstellung eines Verteilplanes gemäss Ziffer 2.2. angewandt.

## 2.5. Vollzug

### 2.5.1. Zeitpunkt bei Teil- oder Gesamtliquidation

- <sup>1</sup> Der Verteilplan wird nach Eintritt der Rechtskraft vollzogen.
- <sup>2</sup> Der Verteilplan ist rechtskräftig, wenn
- innert der im ersten Informationsbrief angesetzten Frist von 30 Tagen keine anspruchsberechtigte Person schriftlich Einwendungen bei der gemäss Ziffer 2.1 Absatz 4 zuständigen Stelle eingereicht hat,
  - innert der im ersten Informationsbrief angesetzten Frist von 30 Tagen keine anspruchsberechtigte Person an die Aufsichtsbehörde gelangt ist;
  - innert der im ersten Informationsbrief angesetzten Frist von 30 Tagen anspruchsberechtigte Personen an die Aufsichtsbehörde gelangt sind, die Einwände von der Aufsichtsbehörde aber formlos abgewiesen wurden und innert weiterer Frist von 30 Tagen seit der formlosen Abweisung keine anfechtbare Verfügung von der Aufsichtsbehörde verlangt wurde,

- d) innert 30 Tagen seit der formlosen Abweisung der Einwände durch die Aufsichtsbehörde eine anfechtbare Verfügung verlangt wurde und im Rahmen des Instanzenzuges gegen diese Verfügung die Rechtmässigkeit der Voraussetzungen, des Verfahrens und des Verteilplanes rechtskräftig bejaht wurde.

### 2.5.2. Art der Zuteilung

- <sup>1</sup> Der Anteil an der Verteilung wird dem Altersguthaben bzw. massgebenden Kapital der begünstigten Personen gutgeschrieben.
- <sup>2</sup> Ist bei Rentnern ein Einbau im massgebenden Kapital nicht möglich, kann der zuteilte Anteil direkt der begünstigten Person überwiesen werden.
- <sup>3</sup> Ist ein Einbau ins Altersguthaben nicht möglich, weil die begünstigte Person einen Barauszahlungsgrund geltend machen konnte, wird auch der Anteil aus der Verteilung direkt der begünstigten Person überwiesen.
- <sup>4</sup> Ist eine Zuteilung mangels Überweisungsangaben durch die begünstigte Person nicht möglich, wird ihr Anteil sechs Monate nach der ersten Information über die geplante Verteilung ohne weiteres an die Stiftung Auffangeinrichtung übertragen.

## 2.6. Mindestgrössen

- <sup>1</sup> Die Stiftung legt Mindestgrössen für das Total der zu verteilenden Mittel oder für den pro begünstigte Person zuzuteilenden Anteil fest.
- <sup>2</sup> Werden diese Mindestgrössen nicht erreicht, wird der Begünstigtenkreis angepasst, um die anfallenden Kosten in einem angemessenen Verhältnis zu den zu verteilenden Mitteln zu halten.
- <sup>3</sup> Die Stiftung überprüft periodisch die Angemessenheit dieser Massnahmen.
- <sup>4</sup> Die Mindestgrösse des pro begünstigte Person zuzuteilenden Anteils darf probegünstigte Person CHF 200.-- nicht unterschreiten und CHF 500.-- nicht überschreiten.

## 2.7. Kosten

- <sup>1</sup> Die Erstellung eines Verteilplanes und die Verteilung zeitigen die Kostenfolgen gemäss aktuell gültigem Kostenreglement.
- <sup>2</sup> Ausserordentliche Aufwendungen bei der Erledigung von Einsprachen und Beschwerden, insbesondere im Zusammenhang mit dazu einzuholenden Expertisen, können dem betroffenen Vorsorgewerk zusätzlich in Rechnung gestellt werden.

## 2.8. Nicht geregelte Fälle

Die in diesem Reglement nicht ausdrücklich geregelten Fälle von Verteilungen werden von der Stiftung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften durch sinngemässe Anwendung erledigt.

## 3. Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt mit Genehmigung durch die zuständige Aufsichtsbehörde per Datum des entsprechenden Beschlusses des Stiftungsrates in Kraft. Es ist ab diesem Zeitpunkt auf alle Teilliquidationen anwendbar, die nach diesem Datum der Stiftung gemeldet werden.

Für Teilliquidationen vor Inkrafttreten des vorliegenden Reglements gilt das Teilliquidationsreglement vom 23. November 2006 (Verfügungsdatum der vormaligen Aufsichtsbehörde) unter Berücksichtigung der per 1. Juni 2009 geänderten Verordnungsbestimmungen der BVV2.

## Anhang 3

### Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Vorsorgeausgleich bei Scheidung

<p><b>1. Einführung</b></p> <p>1.1. Die Bestimmungen dieses Anhangs regeln die Rechte und Pflichten der Stiftung im Verhältnis zum verpflichteten Ehegatten, der bei der Stiftung versichert ist, und zum berechtigten Ehegatten, der bei der Stiftung versichert ist, im Zusammenhang mit dem vom Gericht angeordneten Vorsorgeausgleich bei Scheidung. Geregelt werden zudem die Rechte und Pflichten der Stiftung im Verhältnis zum berechtigten Ehegatten, der nicht bei der Stiftung versichert ist.</p> <p>1.2. Die Bestimmungen dieses Anhangs gehen abweichenden reglementarischen Vorschriften in den Allgemeinen Reglementsbestimmungen (ARB) und den Besonderen Reglementsbestimmungen (BRB) vor.</p>	<p>2.3 Gegenstand der Aufteilung</p> <p><sup>1</sup> Hat der bei der Stiftung versicherte (verpflichtete) Ehegatte in der Zeit von der Heirat bis zum Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens einen WEF-Vorbezug getätigt, werden bei Ausgleich der Austrittsleistung vor Eintritt eines Vorsorgefalles Kapitalabfluss und Zinsverlust infolge des WEF-Vorbezugs anteilmässig dem vor der Heirat und dem danach bis zum WEF-Vorbezug geäufteten Altersguthaben belastet (Artikel 22a Absatz 3 FZG).</p> <p><sup>2</sup> Hat der bei der Stiftung versicherte (verpflichtete) Ehegatte in der Zeit von der Heirat bis zum Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens einen WEF-Vorbezug getätigt, wird der WEF-Vorbezug bei Ausgleich der Austrittsleistung nach Eintritt der Invaliderität nicht berücksichtigt (Artikel 22a Absatz 4 FZG).</p> <p><sup>3</sup> Für die Berechnung der Austrittsleistung bei Heirat vor dem 1. Januar 1995 sind die vorgegebenen Tabellen massgebend (Artikel 22b FZG).</p> <p><sup>4</sup> Nicht in die Aufteilung einbezogen werden</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- das mit BVG-Mindestzinssatz bis zum Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens aufgezinste Altersguthaben, das bei Heirat bereits vorhanden war;</li> <li>- die nach der Heirat geleisteten und bis zum Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens aufgezinnten Einmaleinlagen (Einkäufe) aus Eigengut;</li> <li>- Barauszahlungen und Kapitalabfindungen nach der Heirat bis zum Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens.</li> </ul>
<p><b>2. Vorsorgeausgleich bei Scheidung vor der Pensionierung</b></p> <p>2.1. Ausgleich der Austrittsleistung vor Eintritt des Vorsorgefalles Invalidität</p> <p><sup>1</sup> Wenn im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens der Vorsorgefall Invalidität nicht eingetreten ist, wird die von der Heirat bis zum Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens erworbene Austrittsleistung des bei der Stiftung versicherten (verpflichteten) Ehegatten nach Anordnung des Gerichts aufgeteilt.</p> <p><sup>2</sup> Hat der (verpflichtete) Ehegatte im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens das ordentliche reglementarische Rentenalter erreicht und den Bezug der Altersleistung aufgeschoben, wird das im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens bei der Stiftung vorhandene Altersguthaben wie eine Austrittsleistung nach Anordnung des Gerichts aufgeteilt.</p> <p>2.2. Ausgleich der hypothetischen Austrittsleistung nach Eintritt des Vorsorgefalles Invalidität</p> <p><sup>1</sup> Wenn im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens bei dem bei der Stiftung versicherten (verpflichteten) Ehegatten der Vorsorgefall Invalidität ganz oder teilweise eingetreten ist, wird die hypothetische Austrittsleistung, auf welche der invalide Ehegatte Anspruch hätte, wenn die Invalidität entfallen würde (passiver Teil des Altersguthabens), berechnet von der Heirat bis zum Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens, nach Anordnung des Gerichts aufgeteilt.</p> <p><sup>2</sup> Wenn im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens der bei der Stiftung versicherte (verpflichtete) Ehegatte teilweise invalid ist, wird zudem der von der Heirat bis zum Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens erworbene aktive Teil des Altersguthabens des bei der Stiftung versicherten (verpflichteten) Ehegatten nach Anordnung des Gerichts aufgeteilt.</p> <p><sup>3</sup> Richtet die Stiftung dem bei ihr versicherten (verpflichteten) Ehegatten wegen Überentschädigung infolge Zusammentreffens mit Leistungen der obligatorischen Unfallversicherung oder der Militärversicherung lediglich eine gekürzte (oder gar keine) Invalidenrente aus, kann die hypothetische Austrittsleistung gemäss Absatz 1 nach Anordnung des Gerichts dennoch für den Ausgleich verwendet werden.</p>	<p>2.4 Belastung und Übertragung der Austrittsleistung durch die Stiftung (Artikel 22c FZG)</p> <p><sup>1</sup> Die von der Stiftung zu Gunsten des berechtigten Ehegatten zu übertragende Austrittsleistung wird dem bei der Stiftung versicherten (verpflichteten) Ehegatten im Verhältnis des minimalen BVG-Altersguthabens zum übrigen Altersguthaben belastet.</p> <p><sup>2</sup> Die Stiftung hält das Verhältnis fest, wie sich die Austrittsleistung des bei der Stiftung versicherten (verpflichteten) Ehegatten auf das minimale BVG-Altersguthaben und das übrige Altersguthaben verteilt, und sie leitet diese Information bei der Übertragung an die Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung des (berechtigten) Ehegatten weiter.</p> <p><sup>3</sup> Die zu übertragende Austrittsleistung wird von der Stiftung an die Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung des berechtigten Ehegatten, subsidiär an die Stiftung Auffangeinrichtung überwiesen.</p> <p><sup>4</sup> Die Bestimmungen in den ARB betreffend „Übertragung an die neue Vorsorgeeinrichtung“, „Erhaltung des Vorsorgeschatzes in anderer Form“ sowie „Barauszahlung“ gelten sinngemäss auch für die Übertragung der Austrittsleistung zu Gunsten des berechtigten Ehegatten.</p> <p>2.5 Entgegennahme und Gutschrift der Austrittsleistung zu Gunsten des bei der Stiftung versicherten (berechtigten) Ehegatten</p> <p><sup>1</sup> Der von der Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung des verpflichteten Ehegatten an die Stiftung übertragbare Teil der Austrittsleistung wird dem minimalen BVG-Altersguthaben und dem übrigen Altersguthaben des bei der Stiftung versicherten (berechtigten) Ehegatten in dem Verhältnis gutgeschrieben, in dem er bei der übertragenden Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung des verpflichteten Ehegatten belastet wurde.</p>

<sup>2</sup> Die Stiftung holt bei der Vorsorge- oder Freizügigkeits-einrichtung des verpflichteten Ehegatten die Informationen zum Verhältnis ein, wie sich die Austrittsleistung bei der Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung des verpflichteten Ehegatten auf das minimale BVG-Altersguthaben und das übrige Altersguthaben verteilt.

<sup>3</sup> Hat der bei der Stiftung versicherte (berechtigte) Ehegatte das ordentliche gesetzliche Pensionierungsalter erreicht, ohne dass sein Anspruch auf Altersleistungen entstanden ist, wird die ihm zu übertragende Austrittsleistung nicht seinem Altersguthaben gutgeschrieben und die Stiftung nimmt die Überweisung nicht entgegen.

## 2.6 Wiedereinkauf nach Übertragung des Altersguthabens

<sup>1</sup> Der bei der Stiftung versicherte (verpflichtete) Ehegatte kann sich bis zur Höhe der von der Stiftung übertragenen Austrittsleistung (aktiver Teil des Altersguthabens) wieder einkaufen, wenn im Zeitpunkt des Wiedereinkaufs kein Vorsorgefall eingetreten ist.

<sup>2</sup> Kein Anspruch auf Wiedereinkauf besteht nach der Übertragung der hypothetischen Austrittsleistung, auf welche der invalide Ehegatte Anspruch hätte, wenn die Invalidität entfallen würde (passiver Teil des Altersguthabens).

<sup>3</sup> Die wieder einbezahlten Beträge werden im gleichen Verhältnis wie bei der Belastung der übertragenen Austrittsleistung dem minimalen BVG-Altersguthaben und dem übrigen Altersguthaben gutgeschrieben.

## 2.7 Anpassung der Invalidenrente des bei der Stiftung versicherten (verpflichteten) Ehegatten

<sup>1</sup> Fliessen gemäss BRB das bis zum Beginn des Anspruchs auf die Invalidenrente erworbene Altersguthaben nicht in die Berechnung der Invalidenrente ein, wird infolge Übertragung der Austrittsleistung zu Gunsten des berechtigten Ehegatten die Berechnung der Invalidenrente nicht angepasst.

<sup>2</sup> Fliessen gemäss BRB das bis zum Beginn des Anspruchs auf die Invalidenrente erworbene Altersguthaben in die Berechnung der Invalidenrente ein, gilt für die Anpassung der Invalidenrente infolge Übertragung der Austrittsleistung zu Gunsten des berechtigten Ehegatten folgende Regelung:

- Tritt die Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität führt (Beginn der Wartefrist), nach der Rechtskraft des Scheidungsurteils ein, wird die Berechnung der Invalidenrente angepasst.
- Ist die Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität führt (Beginn der Wartefrist), vor der Rechtskraft des Scheidungsurteils eingetreten, wird die Invalidenrente nicht neu berechnet.

Dies gilt auch, wenn der Vorsorgefall Invalidität erst nach der Übertragung der Austrittsleistung zu Gunsten des berechtigten Ehegatten eintritt.

<sup>3</sup> Erfolgt eine Anpassung der Berechnung, wird die Invalidenrente soweit angepasst, als sie tiefer ausfällt, wenn bei der Berechnung ein Guthaben in der Höhe des zu Gunsten des berechtigten Ehegatten übertragenen Teils der Austrittsleistung fehlt. Eine im Zeitpunkt der Übertragung laufende Invalidenrente darf höchstens in dem Verhältnis herabgesetzt werden, in dem der übertragene Teil des hypothetischen Altersguthabens im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens zum gesamten hypothetischen Altersguthaben vor der Übertragung steht. Die Neuberechnung einer laufenden Invalidenrente wird nach den reglementarischen Bestimmungen vorgenommen, die im Zeitpunkt der Berechnung der Invalidenrente massgebend waren.

<sup>4</sup> Im Rahmen der BVG-Schattenrechnung wird die Berechnung der BVG-Invalidenrente jedoch in jedem Fall

angepasst. Das der angepassten Berechnung zu Grunde liegende minimale BVG-Altersguthaben besteht aus:

- a) dem verhältnismässigen minimalen BVG-Altersguthaben, das der Versicherte bis zum Beginn des Anspruches auf die Invalidenrente erworben hat;
- b) der verhältnismässigen Summe der BVG-Altersgutschriften für die ab Beginn des Anspruches auf die Invalidenrente bis zur Einleitung des Scheidungsverfahrens fehlenden Jahre, ohne Zinsen;
- c) der Summe der BVG-Altersgutschriften für die ab Einleitung des Scheidungsverfahrens bis zum ordentlichen Rentenalter fehlenden Jahre, ohne Zinsen.

Nach Buchstabe a und b massgebend ist das Verhältnis, in dem der nicht übertragene Teil des hypothetischen minimalen BVG-Altersguthabens im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens zum gesamten hypothetischen minimalen BVG-Altersguthaben steht. Die angepasste Berechnung wird im Übrigen nach den gesetzlichen Bestimmungen vorgenommen, die im Zeitpunkt der Berechnung der BVG-Invalidenrente massgebend waren.

## 2.8 Anpassung der Invalidenrente des bei der Stiftung versicherten (berechtigten) Ehegatten

<sup>1</sup> Fliessen gemäss BRB das bis zum Beginn des Anspruchs auf die Invalidenrente erworbene Altersguthaben nicht in die Berechnung der Invalidenrente ein, wird infolge Entgegennahme und Gutschrift der Austrittsleistung die Berechnung der Invalidenrente nicht angepasst.

<sup>2</sup> Fliessen gemäss BRB das bis zum Beginn des Anspruchs auf die Invalidenrente erworbene Altersguthaben in die Berechnung der Invalidenrente ein, gilt für die Anpassung der Invalidenrente infolge Entgegennahme und Gutschrift der Austrittsleistung folgende Regelung:

- Tritt die Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität führt (Beginn der Wartefrist), nach der Rechtskraft des Scheidungsurteils ein, wird die Berechnung der Invalidenrente angepasst.
- Ist die Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität führt (Beginn der Wartefrist), vor der Rechtskraft des Scheidungsurteils eingetreten, wird die Invalidenrente nicht neu berechnet.

Dies gilt auch, wenn der Vorsorgefall Invalidität erst nach der Entgegennahme und Gutschrift der Austrittsleistung eintritt.

## 3. Vorsorgeausgleich bei Scheidung nach der Pensionierung

### 3.1. Ausgleich der Altersrente nach der Pensionierung

<sup>1</sup> Hat der bei der Stiftung versicherte (verpflichtete) Ehegatte zum Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens Anspruch auf eine Altersrente, wird diese Rente nach Anordnung des Gerichts aufgeteilt.

<sup>2</sup> Der dem berechtigten Ehegatten zu Lasten des bei der Stiftung versicherten (verpflichteten) Ehegatten vom Gericht zugesprochene Rentenanteil wird von der Stiftung auf den Zeitpunkt, in dem die Scheidung rechtskräftig wird, in eine lebenslange Rente umgerechnet.

<sup>3</sup> Die Umrechnung erfolgt gemäss der vom Bundesrat vorgegebenen Formel, die bei Eintritt der Rechtskraft des Scheidungsurteils gültig ist (vgl. FZV Anhang Artikel 19h).

<sup>4</sup> Der berechtigte Ehegatte teilt der Stiftung schriftlich mit, ob die lebenslange Rente in Kapital- oder Rentenform überwiesen werden soll.

- <sup>5</sup> Die Überweisung in Kapitalform erfolgt spätestens 30 Tage nachdem die Mitteilung bei der Stiftung eingegangen ist.
- 3.2. Überweisung der dem berechtigten Ehegatten zustehenden lebenslänglichen Rente oder Kapitalabfindung durch die Stiftung
- <sup>1</sup> Hat der berechnete Ehegatte Anspruch auf eine volle Invalidenrente oder hat er das bei seiner Vorsorgeeinrichtung massgebende Mindestalter für den vorzeitigen Altersrücktritt erreicht, so kann er die Auszahlung der lebenslangen Rente oder der Kapitalabfindung direkt an sich selber verlangen.
- <sup>2</sup> Hat der berechnete Ehegatte Anspruch auf eine Altersrente oder hat er das ordentliche gesetzliche Rentenalter erreicht, zahlt ihm die Stiftung die lebenslange Rente oder die Kapitalabfindung direkt aus. Er kann deren Überweisung in seine Vorsorgeeinrichtung verlangen, wenn er noch keinen Anspruch auf eine Altersrente hat und sich nach deren Reglement noch einkaufen kann.
- <sup>3</sup> Die direkt auszahlbaren Renten an den berechtigten Ehegatten werden in der Regel in vierteljährlichen vorschüssigen Raten per 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober ausbezahlt. Beginnt die erste Rente nicht an einem dieser Daten zu laufen, wird sie pro rata berechnet.
- <sup>4</sup> Erfolgt keine direkte Auszahlung an den berechtigten Ehegatten, wird die lebenslange Rente von der Stiftung an die Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung des berechtigten Ehegatten, subsidiär an die Stiftung Auffangeinrichtung überwiesen.
- <sup>5</sup> Diese Überweisung umfasst die für ein Kalenderjahr geschuldete Rente und ist jährlich jeweils bis zum 15. Dezember des betreffenden Jahres vorzunehmen. Entsteht während des betreffenden Jahres ein Anspruch auf direkte Auszahlung aufgrund von Alter oder Invalidität oder stirbt der berechnete Ehegatte, so umfasst die Überweisung die vom Beginn dieses Jahres bis zu diesem Zeitpunkt geschuldete Rente. Die Stiftung schuldet auf dem Betrag der jährlichen Überweisung einen Zins, welcher der Hälfte des für das betreffende Jahr geltenden reglementarischen Zinssatzes entspricht.
- <sup>6</sup> Die Stiftung hält das Verhältnis fest, wie sich die lebenslange Rente oder die Kapitalabfindung des bei der Stiftung versicherten (verpflichteten) Ehegatten auf das minimale BVG-Altersguthaben und das übrige Altersguthaben verteilt, und sie leitet diese Information bei der Übertragung an die Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung des (berechtigten) Ehegatten weiter.
- <sup>7</sup> Wechselt der berechnete Ehegatte seine Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung, so muss er die Stiftung bis spätestens am 15. November des betreffenden Jahres darüber informieren.
- 3.3. Entgegennahme und Gutschrift der dem bei der Stiftung versicherten (berechtigten) Ehegatten zustehenden lebenslangen Rente oder Kapitalabfindung durch die Stiftung
- <sup>1</sup> Der von der Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung des verpflichteten Ehegatten an die Stiftung übertragbare Teil der lebenslangen Rente oder der Kapitalabfindung wird dem minimalen BVG-Altersguthaben und dem übrigen Altersguthaben des bei der Stiftung versicherten (berechtigten) Ehegatten in dem Verhältnis gutgeschrieben, in dem er bei der übertragenden Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung des verpflichteten Ehegatten belastet wurde.
- <sup>2</sup> Die Stiftung holt bei der Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung des verpflichteten Ehegatten die Informationen zum Verhältnis ein, wie sich die lebenslange Rente oder die Kapitalabfindung bei der Vorsorge-

oder Freizügigkeitseinrichtung des verpflichteten Ehegatten auf das minimale BVG-Altersguthaben und das übrige Altersguthaben verteilen.

---

#### 4. Berechnung der Austrittsleistung und der Altersleistungen bei Pensionierung während des Scheidungsverfahrens (Artikel 22a Absatz 4 FZG)

---

- 4.1. Wenn der bei der Stiftung versicherte (verpflichtete) Ehegatte das Rentenalter als Aktiver oder Invalidenrentner erreicht und Anspruch auf eine Altersrente hat
- <sup>1</sup> Tritt beim bei der Stiftung versicherten (verpflichteten) Ehegatten während des Scheidungsverfahrens der Vorsorgefall Alter ein, kann die Stiftung den zu übertragenden Teil der Austrittsleistung und die Altersleistung kürzen.
- <sup>2</sup> Die Altersrente wird per Rentenbeginn neu berechnet und soweit herabgesetzt, als ihrer Berechnung ein um den übertragenen Teil der Austrittsleistung vermindertes Guthaben zugrunde gelegt worden wäre.
- <sup>3</sup> Die eine Hälfte der Summe, um die die Altersrentenzahlungen bis zur Rechtskraft des Scheidungsurteils tiefer ausgefallen wären, wenn ihrer Berechnung ein um den übertragenen Teil der Austrittsleistung vermindertes Guthaben zugrunde gelegt worden wäre, wird von der zu Gunsten des berechtigten Ehegatten zu übertragenden Austrittsleistung in Abzug gebracht.
- <sup>4</sup> Die andere Hälfte dieser Summe wird im Zeitpunkt der Rechtskraft des Scheidungsurteils nach den für die ursprüngliche Berechnung der Altersrente geltenden versicherungstechnischen Grundlagen der Stiftung in eine lebenslange Rente umgewandelt, um die die nach Absatz 2 reduzierte Altersrente des verpflichteten Ehegatten zusätzlich gekürzt wird. Nach dem Scheidungsurteil ausgeglichene Rentenbeträge, die die nach Absatz 2 gekürzte Altersrente übersteigen, werden, soweit gesetzlich zulässig, mit der geschuldeten Altersrente verrechnet.
- 4.2. Wenn der bei der Stiftung versicherte (verpflichtete) Ehegatte das Rentenalter als Aktiver oder Invalidenrentner erreicht und Anspruch auf ein Alterskapital hat
- <sup>1</sup> Tritt beim bei der Stiftung versicherten (verpflichteten) Ehegatten während des Scheidungsverfahrens der Vorsorgefall Alter ein, so kann die Stiftung den zu übertragenden Teil der Austrittsleistung und die Altersleistung kürzen.
- <sup>2</sup> Wurde der Bezug der Altersleistung in Kapitalform rechtzeitig beantragt, wird die Fälligkeit des Alterskapitals bis zum Eintritt der Rechtskraft des Scheidungsurteils aufgeschoben. Während des Aufschubs richtet die Stiftung dem verpflichteten Ehegatten in Anrechnung an das Alterskapital Vorschussleistungen in Form einer Altersrente aus.
- <sup>3</sup> Die Hälfte der Summe, um die diese Vorschussleistungen bis zur Rechtskraft des Scheidungsurteils tiefer ausgefallen wären, wenn ihrer Berechnung ein um den übertragenen Teil der Austrittsleistung vermindertes Guthaben zugrunde gelegt worden wäre, wird von der zu Gunsten des berechtigten Ehegatten zu übertragenden Austrittsleistung in Abzug gebracht.
- <sup>4</sup> Die bis zur Rechtskraft des Scheidungsurteils von der Stiftung erbrachten Vorschussleistungen, vermindert um den Abzug von der zu übertragenden Austrittsleistung gemäss Absatz 3, werden im Zeitpunkt der Rechtskraft des Scheidungsurteils von dem infolge der Übertragung der Austrittsleistung (ohne Abzug gemäss Absatz 3) herabgesetzten Alterskapital des bei der Stiftung versicherten (verpflichteten) Ehegatten in Abzug gebracht.

---

#### 5. Auskunftspflichten der Stiftung

---

Im Falle der Ehescheidung oder gerichtlichen Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft hat die Stiftung der versicherten Person oder dem Gericht auf Verlangen Auskunft zu geben über:

- a) die Höhe der Guthaben, die für die Berechnung der zu teilenden Austrittsleistung massgebend sind;
- b) den Anteil des minimalen BVG-Altersguthabens am gesamten Guthaben der versicherten Person;
- c) ob und in welchem Umfang die Austrittsleistung im Rahmen der Wohneigentumsförderung vorbezogen wurde;
- d) die Höhe der Austrittsleistung im Zeitpunkt eines allfälligen Vorbezugs;
- e) ob und in welchem Umfang die Austritts- oder die Vorsorgeleistung verpfändet ist;
- f) die voraussichtliche Höhe der Altersrente;
- g) ob Kapitalabfindungen ausgerichtet wurden;
- h) die Höhe der laufenden Invaliden- oder Altersrente;
- i) ob und in welchem Umfang eine Invalidenrente gekürzt wird, ob sie wegen Zusammentreffens mit Invalidenrenten der Unfall- oder Militärversicherung gekürzt wird und in diesem Fall, ob sie auch ohne Anspruch auf Kinderrenten gekürzt würde;
- j) die Höhe der Austrittsleistung, die dem Bezüger oder der Bezügerin einer Invalidenrente nach Aufhebung der Invalidenrente zukommen würde;
- k) die Anpassung der Invalidenrente, wenn bei einem Vorsorgeausgleich ein Betrag an den berechtigten Ehegatten übertragen wurde;
- l) weitere Auskünfte, die für die Durchführung des Vorsorgeausgleichs nötig sind.

---

## 6. Anwendungsbereich

---

- <sup>1</sup> Dieser Anhang tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

## Anhang 4

### Weiterversicherung bei aufgelöstem Arbeitsverhältnis nach dem 58. Altersjahr

#### 1. Allgemeines

Die Bestimmungen dieses Anhangs sind anwendbar für die Weiterversicherung von Personen, die nach Vollendung des 58. Altersjahrs aus der obligatorischen Versicherung ausscheiden, weil ihr Arbeitsverhältnis vom Arbeitgeber aufgelöst wurde. Die Weiterversicherung über das ordentliche Pensionierungsalter hinaus ist nicht möglich.

<sup>1</sup> Es können entweder nur die Risiken Tod und Invalidität oder zusätzlich dazu das Alterssparen weiterversichert werden. Alterssparen allein kann nicht weiterversichert werden.

<sup>2</sup> Die Weiterversicherung richtet sich nach denjenigen BRB, welche für die vor Beginn der Weiterversicherung vorhandene Vorsorgelösung bei der Stiftung galten. Vorbehalten bleibt die Wartefrist für Invalidenrenten, die in der Weiterversicherung neu 12 Monate beträgt. Im Pensionierungszeitpunkt richten sich die nichtplanspezifischen Parameter wie Umwandlungssatz, Zinsen und dergleichen nach den Vorgaben, die für die Personen gelten, welche im Vorsorgewerk des ehemaligen Arbeitgebers versichert sind.

#### 2. Voraussetzungen

<sup>1</sup> Die weiter zu versichernde Person muss kumulativ folgende Voraussetzungen erfüllen:

- a) sie hat das 58. Altersjahr vollendet; und
- b) sie weist nach, dass ihr Arbeitsverhältnis vom Arbeitgeber aufgelöst wurde; und
- c) sie ist nicht zu 70 Prozent oder mehr invalid; und
- d) für sie wurde im Zeitpunkt der Auflösung des Arbeitsverhältnisses bei der Stiftung ein aktives Altersguthaben geführt; und
- e) sie bezieht bei Beginn der Weiterversicherung keine Altersleistungen und hat auch keine solchen bezogen; und
- f) sie untersteht weiterhin der schweizerischen AHV.

<sup>2</sup> Die Weiterversicherung muss mit besonderem Formular schriftlich bei der Stiftung verlangt werden. Das Formular muss samt Nachweis der Voraussetzungen gemäss Absatz 1 spätestens 30 Tage nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses bei der Stiftung eingehen. Ist das Arbeitsverhältnis durch den Arbeitgeber bereits aufgelöst, scheidet die versicherte Person aber erst später aus der Versicherung aus und bestand daher im Zeitpunkt der Auflösung des Arbeitsverhältnisses kein Anspruch auf Weiterversicherung, beginnt die 30-tägige Frist mit dem Ausscheiden aus der Versicherung zu laufen; in diesen Fällen muss das Formular samt Nachweis der Voraussetzungen gemäss Absatz 1 spätestens 30 Tage nachdem die versicherte Person aus der Versicherung ausgeschieden ist bei der Stiftung eingehen. Gehen das Formular und/oder die erforderlichen Nachweise erst nach Ablauf dieser Frist oder gar nicht bei der Stiftung ein, ist der Anspruch auf Weiterversicherung verwirkt, und es erfolgt der Austritt der versicherten Person.

<sup>3</sup> Die Wahl, ob nur die Risiken Tod und Invalidität oder zusätzlich dazu das Alterssparen weiterversichert werden, ist auf dem in Absatz 2 genannten Formular anzugeben. Möchte die versicherte Person das Alterssparen wieder aufgeben, kann sie dies der Stiftung schriftlich mitteilen. Ein anderer, späterer Wechsel der einmal gewählten Variante ist jedoch ausgeschlossen.

#### 3. Aufnahme in die Weiterversicherung

<sup>1</sup> Sind die Voraussetzungen gemäss Ziffer 2 Absatz 2 erfüllt, wird die versicherte Person in die Weiterversicherung aufgenommen.

<sup>2</sup> Die Stiftung stellt der versicherten Person spätestens 60 Tage nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses respektive in den Fällen gemäss Ziffer 2 Absatz 2 Satz 2 spätestens 60 Tage nach dem Ausscheiden aus der Versicherung die Rechnung über die Beiträge für das erste Versicherungsjahr und einen individuellen Vorsorge-Ausweis zu. Aus dem Vorsorge-Ausweis ist die Höhe des Jahresbeitrags für die Weiterversicherung ersichtlich.

#### 4. Finanzierung / Rechnungsstellung / Verzugsfolgen

<sup>1</sup> Die versicherte Person schuldet der Stiftung die vollen Beiträge (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag).

<sup>2</sup> Die Stiftung erhebt einen vorschüssig zahlbaren Jahresbeitrag und stellt ihn der versicherten Person in Rechnung. Die Rechnung für das Jahr, in dem die Weiterversicherung beginnt (erstes Versicherungsjahr), wird gemäss Ziffer 3 Absatz 1 verschickt. Die Rechnung für jedes weitere Versicherungsjahr (Folgejahr) erhält die versicherte Person jeweils im November.

Die Beiträge sind jährlich vorschüssig geschuldet und müssen der Stiftung wie folgt überwiesen worden sein:

- für das erste Versicherungsjahr: innert 90 Tagen seit Auflösung des Arbeitsverhältnisses respektive in den Fällen gemäss Ziffer 2 Absatz 2 Satz 2 innert 90 Tagen seit dem Ausscheiden aus der Versicherung;

- für die Folgejahre: bis 31.01. des jeweiligen Versicherungsjahres.

<sup>3</sup> Hat die versicherte Person der Stiftung die Beiträge für das erste Versicherungsjahr nicht innert 90 Tagen seit Auflösung des Arbeitsverhältnisses respektive in den Fällen gemäss Ziffer 2 Absatz 2 Satz 2 innert 90 Tagen seit dem Ausscheiden aus der Versicherung oder – für die Folgejahre – nicht bis 31.01. des jeweiligen Versicherungsjahres überwiesen, befindet sich die versicherte Person in Verzug und die Stiftung ist berechtigt, die Weiterversicherung wegen Beitragsausständen aufzulösen.

#### 5. Beginn und Ende der Weiterversicherung

<sup>1</sup> Die Weiterversicherung beginnt am Tag nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses respektive am Tag, an dem die versicherte Person aus der Versicherung ausgeschieden wäre.

<sup>2</sup> Die Weiterversicherung endet bei Eintritt des Vorsorgefalls Tod oder Invalidität sowie bei Pensionierung. Wird die versicherte Person teilinvalid, besteht die Weiterversicherung für den verbleibenden aktiven Teil fort.

<sup>3</sup> Die versicherte Person kann die Weiterversicherung jederzeit per Monatsende kündigen. Hat die versicherte Person im Wirkungszeitpunkt der Kündigung keine vorzeitige Pensionierung verlangt, wird nicht die Altersleistung, sondern die Austrittsleistung ausgerichtet (Freizügigkeitsfall).

<sup>4</sup> Die Weiterversicherung endet zudem durch Kündigung der Stiftung wegen Beitragsausständen gemäss Ziffer

4 Absatz 3. Hat die versicherte Person im Wirkungszeitpunkt der Kündigung das ordentliche Pensionierungsalter noch nicht erreicht, wird nicht die Altersleistung, sondern die Austrittsleistung ausgerichtet (Freizügigkeitsfall).

<sup>5</sup> Findet die versicherte Person eine neue Arbeitsstelle und tritt sie deshalb in eine neue Vorsorgeeinrichtung ein, endet die Weiterversicherung, wenn bei der neuen Vorsorgeeinrichtung mehr als zwei Drittel der Austrittsleistung für den Einkauf in die vollen reglementarischen Leistungen benötigt werden. Können mehr als zwei Drittel, aber weniger als die ganze Austrittsleistung in die neue Vorsorgeeinrichtung eingebracht werden, wird im Umfang des nicht in die neue Vorsorgeeinrichtung einbringbaren Teils die Austrittsleistung ausgerichtet (Freizügigkeitsfall).

<sup>6</sup> Können bei der neuen Vorsorgeeinrichtung hingegen nur zwei Drittel der Austrittsleistung oder weniger eingebracht werden, endet die Weiterversicherung nicht, sondern besteht mit reduziertem versichertem Lohn weiter.

---

## 6. Leistungen

<sup>1</sup> Der Anspruch auf Altersleistungen entsteht mit der vorzeitigen Pensionierung, spätestens aber mit Erreichen des ordentlichen Pensionierungsalters. Die teilweise vorzeitige Pensionierung (Teilpensionierung) ist ausgeschlossen. Hat die Weiterversicherung mehr als zwei Jahre gedauert, kann die Altersleistung nur in Rentenform bezogen werden. Der Bezug der Altersleistung in Kapitalform ist somit nur während der ersten zwei Jahre der Weiterversicherung möglich. Vorbehalten bleibt der Eintritt des Freizügigkeitsfalls bei Kündigung durch die weiterversicherte Person selber oder durch die Stiftung infolge Beitragsausständen gemäss Ziffer 5 Absatz 3 und 4.

<sup>2</sup> Die Austrittsleistung bleibt bei der Stiftung, auch wenn nur die Risiken Tod und Invalidität weiterversichert werden.

<sup>3</sup> Invaliden- und Hinterlassenenleistungen sind nach Massgabe der für die Weiterversicherung gültigen BRB versichert. Hat die Weiterversicherung mehr als zwei Jahre gedauert, können die Versicherungsleistungen nur in Rentenform bezogen werden.

---

## 7. Einkauf und Wohneigentumsförderung (WEF)

<sup>1</sup> Der freiwillige Einkauf ist möglich.

<sup>2</sup> Vorbezug und Verpfändung im Rahmen der Wohneigentumsförderung sind nur während der ersten zwei Jahre nach Beginn der Weiterversicherung möglich. Zu Beginn der Weiterversicherung bestehende Verpfändungen bleiben bestehen, soweit sie sich auf die weiter versicherten Ansprüche auf Alters- oder Hinterlassenenleistungen beziehen.

---

## 8. Scheidung

Auszahlung oder Empfang von Vorsorgemitteln aufgrund einer Scheidung sowie der Wiedereinkauf infolge Scheidung sind möglich. Die Einzelheiten sind in Anhang 7 „Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Vorsorgeausgleich bei Scheidung“ geregelt.

---

## 9. Begründung und Auflösung des Anschlussverhältnisses

<sup>1</sup> Personen, deren Weiterversicherung gestützt auf Artikel 47a BVG gemäss dem bei einer früheren Vorsorgeeinrichtung geltenden Vorsorgeplan installiert wurde, und deren ehemaliger Arbeitgeber sich neu der Stiftung anschliesst, treten ebenfalls in das neue Vorsorgewerk über. Der Einzelübertritt in die Weiterversicherung aus einer anderen Vorsorgeeinrichtung ist ausgeschlossen.

<sup>2</sup> Mit Auflösung des Anschlussverhältnisses erfolgt die Übertragung des Versichertenbestandes aus weitergeführter Versicherung gemäss diesem Anhang an die neue Vorsorgeeinrichtung.

---

## 10. Schlussbestimmungen

<sup>1</sup> Im Übrigen finden die Bestimmungen der ARB Anwendung, sofern sie für die Weiterversicherung von Bedeutung sind.

<sup>2</sup> Dieser Anhang tritt am 01.01.2026 in Kraft.

## Anhang 5 Bestimmungen für branchenspezifische Vorruhestandsmodelle

### 1. Allgemeines

- <sup>1</sup> Sieht ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) ein Vorruhestandsmodell vor, kann die bei einem der Stiftung angeschlossenen Vorsorgewerk versicherte Person ab Alter 60 die Erwerbstätigkeit aufgeben und vorzeitig in den Ruhestand treten. Dabei scheidet sie aus der obligatorischen beruflichen Vorsorge und dem Vorsorgeplan (BRB) des Arbeitgebers aus. Solange die Person von der Trägerstiftung ihrer Berufsbranche Altersgutschriften für den flexiblen Altersrücktritt oder – falls die Trägerstiftung gemäss ihrem Reglement keine Altersgutschriften ausrichtet – andere Leistungen erhält, verbleibt sie als Einzelmitglied in der Stiftung.
- <sup>2</sup> Die Einzelmitglieder bilden ein gesondertes Kollektiv. Sie gehören nicht mehr dem Vorsorgewerk ihres ehemaligen Arbeitgebers an. Ansprüche oder Anwartschaften an den freien Mitteln des Vorsorgewerks bestehen nicht mehr, auch nicht bei der Durchführung einer Teil- oder Gesamtliquidation.

### 2. Anwendungsbereich

- <sup>1</sup> Die Bestimmungen dieses Anhangs sind anwendbar für Personen, die sich für ein branchenspezifisches Vorruhestandsmodell entschieden haben und als Einzelmitglieder in der Stiftung verbleiben.
- <sup>2</sup> Art und Umfang der im Rahmen der Einzelmitgliedschaft versicherten Risiken und Leistungen richten sich nach diesem Anhang.
- <sup>3</sup> Die Bestimmungen dieses Anhangs gehen den ARB vor. Die ARB bleiben für das Einzelmitglied anwendbar, sofern sie für das Vorruhestandsmodell von Bedeutung sind, insbesondere in Bezug auf die Mitwirkung, die Haftung und die Behandlung und Schutz der Daten und Privatsphäre.

### 3. Voraussetzungen für den Übertritt in ein Vorruhestandsmodell

Der Übertritt in ein Vorruhestandsmodell ist nur möglich, wenn die nachfolgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:

- a. Zwischen der Stiftung und der Trägerstiftung der Berufsbranche besteht eine Zusammenarbeitsvereinbarung.
- b. Die versicherte Person hat das Arbeitsverhältnis bei dem der Stiftung angeschlossenen Arbeitgeber aufgelöst.
- c. Die versicherte Person wurde vom Arbeitgeber für den Übertritt in ein für sie offenes Vorruhestandsmodell angemeldet.
- d. Die versicherte Person hat Anspruch auf die von der Trägerstiftung finanzierten Altersgutschriften oder – falls die Trägerstiftung gemäss ihrem Reglement keine Altersgutschriften finanziert – andere Leistungen der Trägerstiftung
- e. Die Trägerstiftung der Berufsbranche überweist der Stiftung die Altersgutschriften, sofern sie gemäss ihrem Reglement solche finanziert.

### 4. Führung des Altersguthabens

- <sup>1</sup> Das obligatorische BVG-Altersguthaben wird ab Übertritt in das Vorruhestandsmodell nur noch mit dem BVG-Mindestzinssatz verzinst. Altersgutschriften werden keine mehr gutgeschrieben.
- <sup>2</sup> Die Stiftung berücksichtigt und verzinst die von der Einrichtung der Berufsbranche geleisteten Altersgutschriften als überobligatorisches Altersguthaben.

- <sup>3</sup> Die Höhe der Altersgutschriften richtet sich nach dem Reglement der Trägerstiftung der Berufsbranche. Der Anspruch der versicherten Person auf Altersgutschriften besteht nur gegenüber der Trägerstiftung der Berufsbranche. Die Stiftung haftet nicht für Leistungen der Trägerstiftung der Berufsbranche. Der ehemalige Arbeitgeber ist nicht mehr beitragspflichtig.

### 5. Leistungen

#### a. Invalidenleistungen

Invalidenleistungen sind keine mehr versichert. Die Bestimmungen der ARB betreffend die Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit/Invalidität (Erwerbsunfähigkeit) sind nicht anwendbar.

#### b. Hinterlassenenleistungen

Bei Tod vor der Pensionierung wird das im Todeszeitpunkt vorhandene Altersguthaben ausbezahlt. Die Rangordnung der Begünstigten richtet sich nach der Begünstigtenordnung der im Todeszeitpunkt anwendbaren ARB. Die Anspruchsvoraussetzungen richten sich nach den ARB.

Bei Tod nach der Pensionierung richten sich die Hinterlassenenleistungen nach den Bestimmungen der ARB bei Tod eines Altersrentners. Die Rente für den überlebenden Ehegatten, den eingetragenen Partner oder Lebenspartner beträgt 60%, für Waisen 20% der laufenden Altersrente.

#### c. Altersleistungen

Der Anspruch auf Altersleistung entsteht, wenn die versicherte Person die vorzeitige Pensionierung verlangt oder wenn in den Fällen, in denen die Trägerstiftung gemäss ihrem Reglement Altersgutschriften finanziert, die Überweisung von Altersgutschriften durch die Stiftung der Berufsbranche endet; spätestens jedoch mit Erreichen des ordentlichen Pensionierungsalters.

Höhe und Anspruchsvoraussetzungen der Altersleistungen bestimmen sich nach den im Zeitpunkt der Pensionierung gültigen ARB.

Der Bezug der Altersleistung kann nicht über das ordentliche Pensionierungsalter hinaus aufgeschoben werden.

Eine Teilpensionierung ist nicht möglich.

### 6. Einkauf

Einkäufe sind keine möglich. Mit Ausnahme der Bestimmung zum Wiedereinkauf nach Vorsorgeausgleich bei Scheidung sind die Bestimmungen der ARB zum Einkauf nicht anwendbar.

### 7. Ehescheidung

Der Vorsorgeausgleich infolge Scheidung sowie der Wiedereinkauf infolge Scheidung richten sich nach den Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Vorsorgeausgleich bei Scheidung gemäss Anhang 3.

### 8. Leistungen im Rahmen der Wohneigentumsförderung / Rückzahlung des Vorbezugs

Die Leistungen im Rahmen der Wohneigentumsförderung sowie die Rückzahlung des Vorbezugs richten sich nach den ARB.

### 9. Beginn und Ende der Versicherung im Vorruhestandsmodell

Die Versicherung beginnt mit dem Übertritt in das Vorruhestandsmodell.

Die Versicherung endet:

- a) mit der vorzeitigen Pensionierung; oder
- b) bei Austritt infolge Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit; oder
- c) wenn die Überweisung der Altersgutschriften oder – falls die Trägerstiftung gemäss ihrem Reglement keine Altersgutschriften finanziert – die Überweisung der Überbrückungsrente durch die Trägerstiftung der Berufsbranche endet; oder
- d) bei Tod; jedoch
- e) spätestens mit Erreichen des ordentlichen Pensionierungsalters.

---

#### **10. Finanzierung - Kostenbeiträge**

---

- <sup>1</sup> Für Verwaltungskosten schuldet die versicherte Person der Stiftung Kostenbeiträge. Deren Höhe bestimmt sich gemäss dem jeweils gültigen Kollektivlebensversicherungstarif der Allianz Suisse Leben.
- <sup>2</sup> Diese Kostenbeiträge werden der Stiftung von der Trägerstiftung der Berufsbranche jeweils per Ende Jahr oder – bei unterjährigen Austritten – im Monat vor der letzten Überbrückungsrentenzahlung als Gesamtbetrag überwiesen.
- <sup>3</sup> Die Weiterbelastung dieser Kostenbeiträge an die versicherte Person regelt die Trägerstiftung der Berufsbranche in ihrem Reglement.
- <sup>4</sup> Die Stiftung behält sich vor, die von der Trägerstiftung der Berufsbranche nicht innert Zahlungsfrist geleisteten Kostenbeiträge direkt der versicherten Person in Rechnung zu stellen.
- <sup>5</sup> In den Fällen, in denen die Trägerstiftung der Berufsbranche die Kostenbeiträge nicht der Stiftung überweist, stellt die Stiftung die Kostenbeiträge direkt der versicherten Person in Rechnung.

---

#### **11. Übrige Bestimmungen**

---

- <sup>1</sup> Die Kombination mit der Weiterversicherung nach dem 58. Altersjahr gemäss Anhang 4 ist nicht möglich.
- <sup>2</sup> Auf [www.allianz.ch/bvg-dokumente](http://www.allianz.ch/bvg-dokumente) ist ersichtlich, mit welchen Trägerstiftungen der Berufsbranchen Zusammenarbeitsvereinbarungen bestehen.

---

#### **12. Inkrafttreten**

---

Dieser Anhang tritt per 1.1.2026 in Kraft.

